



SPD-Politiker in Haslach: Johnnas Fechner (rote Krawatte) und Kirsten Lühmann sprachen mit den Gemeinderäten und Stadtbaumeister Clemens Hupfer über die B33-Planung.

Fotos: Lars Reuter

# Lärmschutz als großes Thema

Die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Kirsten Lühmann gab in Haslach einige Hinweise, wie die B33-Umfahrungsplanung eventuell noch verbessert werden könnte.

VON LARS REUTER

**Haslach.** Auf Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten Johannes Fechner war am Freitag die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Kirsten Lühmann, in Haslach, um sich vor allem über die geplante B33-Umfahrung zu informieren. Sie hörte aber nicht nur zu, sondern gab auch selbst ihre Einschätzung und Tipps. Einige davon lassen darauf hoffen, dass noch Verbesserungen möglich sein könnten.

Das grundsätzliche Ja zur Planung des Regierungspräsidiums (RP) Freiburg, die Stadtbaumeister Clemens Hupfer vorstellte, bezeichnete Fechner als „Jahrhundertentscheidung“. Man sei jetzt auf einem „guten Weg“ bei dieser Bundesstraße, die als wichtige Ost-West-Verbindung für die gesamte Region eine herausragende Bedeutung habe.

Lühmann unterstrich dies mit den Hinweis, dass die jetzige Planung wegen ihrem sehr hohen Kosten-Nutzen-Faktor von zehn – es gebe Autobahnen, die nur am Faktor eins kratzen würden – höchste Priorität habe. Deshalb müsse man sich keine Sorgen machen, dass die Straße von Seiten des Bundes etwa angesichts der hohen Corona-Ausgaben doch nicht mehr gewollt sein könnte. Dabei käme das Geld vom Bund, während die Planung beim Land und dort beim RP liege. Zu Verzögerungen bei der Umsetzung könnte es aber wegen Klagen von Leuten kommen, die beispielsweise den Natur- oder den Lärmschutz nicht gewahrt sehen würden.



Quelle: OT 15.08.2020

**Auch die alte Archebrücke wurde besichtigt. Einig war man sich, dass auch die neue Brücke barrierefrei sein sollte.**

Der Lärmschutz war dann auch das große Thema im Gespräch mit Bürgermeister-Stellvertreter Joachim Prinzbach (FW), der den entscheidenden Rathauschef Philipp Saar vertrat, und den Vorsitzenden der Gemeinderatsfraktionen von CDU (David Eisenmann), SPD (Herbert Himmelsbach) und Grünen (Martin Schaeffer) sowie Lars Giesler (FW).

## Klagen vermeiden

Eisenmann verwies dabei auf eine relativ große Zahl von „kompetenten Bedenkenträgern“, die gute Verbesserungsvorschläge hätten. Besonders aus Schnellingen rechnet er nach jetzigen Stand wegen fehlendem Lärmschutz in Mischgebieten mit vielen Klagen, was er nachvollziehbar fand. Aus seiner Sicht sollte man vermeiden, wegen Klagen Jahre bis zur Umsetzung zu verlieren und besser gemeinsam auf der Sachebene nach Lösungen suchen. Dabei sei ihm klar, dass das RP als Behörde kei-

ne Sonderregelungen für Haslach versprechen könne, was die rechtlichen Vorgaben nicht hergeben würden.

## Tunnel wird geprüft

Giesler und Himmelsbach unterstützen diese Ausführungen, wobei Himmelsbach auch noch auf die jetzige Lärmbelastung der Anlieger hinwies. Auch Martin Schaeffer sieht viele Klagen kommen. Er erklärte Lühmann zudem, warum die Grünen gegen die Planung gestimmt hätten und für einen Tunnel gewesen wären.

Hinsichtlich des Tunnels versicherte Lühmann, dass diese und weitere Alternativen im Zuge des Planfeststellungsverfahrens gerichtsfest geprüft werden müssten. Der heutige hohe Kosten-Nutzen-Faktor beziehe sich aber auf die oberirdische Lösung. Beim Thema Lärmschutz werde es keine Sonderregelung für den Ort geben. Sie wies aber auf die Möglichkeit hin, Bedarf auf sogenannten freiwilligen Lärmschutz beim Straßenbauamt

und bei der Bahn anzumelden. Dies sollte man zumindest versuchen. Auch sollte man eine Gesamtbetrachtung anstellen, die den von Straße und Schiene ausgehenden Lärm berücksichtige. Hier könnte es aber am Ende zu einer Diskussion zwischen Bahn und Bund kommen, wer nun die Hauptverantwortung trage. Sie gestand auch ein, dass die Lärmschutzregelungen gerade „nicht ganz optimal“ seien. Es werde aber an Verbesserungen gearbeitet.

Weiter sollte man „unverbindlich beim RP fragen, was zusätzlicher Schutz kosten würde“. Land oder Kommune könnten dann unter Umständen, die Zusatzkosten tragen. Hier wies Prinzbach allerdings daraufhin, dass natürlich möglichst nicht am Ende die Kosten an der Gemeinde hängen bleiben sollten.

## Abgeordnete einspannen

Lühmann riet ferner dazu, auf Landtags- und Bundestagsabgeordnete zuzugehen und über diese Hinweise auf gewünschte Verbesserungen ans Verkehrsministerium geben zu lassen. Dies auch hinsichtlich der gewünschten Auffahrt auf die Bündeltrasse beim Gewerbegebiet. In solchen Fällen hat es laut Lühmann auch noch Einzelanordnungen von Seiten des Ministeriums gegeben, die das bei einer guten Begründung zuließen.

Beim Thema neue Archebrücke war sie auch der Meinung, dass diese barrierefrei sein sollte. Um dies zu erreichen, wäre eine Absenkung der Straße in diesem Bereich aber wohl zu teuer.